

# Ziel Nr. 1 der Forstpolitik: Nachhaltigkeit

Im „Bündnis für die Zukunft des sächsischen Waldes“ versuchen Waldbesitzer-, Forst- und Naturschutzverbände, Gewerkschaften und Vertreter der Holzindustrie gemeinsame Interessen politisch zu artikulieren und durchzusetzen. Fachlich begründete Lobby-Arbeit! In einer letzten Diskussion wurde kritisiert, in der Forstpolitik fehlten klare Ziele. Aus meiner Sicht ist das gemeinsame Interesse nicht strittig. Vielleicht ist es aber notwendig, Klarheit zu suchen – in erster Linie über die Bedeutung der Idee forstlicher Nachhaltigkeit. Kollegen in der Wissenschaft äußern gelegentlich Zweifel am Nachhaltigkeitsprinzip. Das mag daran liegen, dass der Wald als Gegenstand der Forstwissenschaft (hier bewusst Einzahl!) nicht im Zentrum ihres Interesses liegt. Die Diskussion um Kriterien und Indikatoren der forstlichen Nachhaltigkeit ist nicht zielführend. Denn die Überprüfung geht ja doch eigentlich über forstliche Umtriebszeiten hinweg, also über 80 bis mehr als 200 Jahre. Für uns Menschen sind das geschichtliche Zeiträume. Historisch hat sich die traditionelle Anwendung des forstlichen Nachhaltigkeitsprinzips als positiv erwiesen: Trotz höchster Ansprüche der Gesellschaft an den Wald als Rohstoffquelle, Erholungsraum, ökologisches Ausgleichs- und Rückzugsgebiet, Wasser- und CO<sub>2</sub>-Speicher erfreuen wir uns im Lande vielfältiger, vorratsreicher Wälder – Ergebnis kontinuierlichen Schutzes und aktiver Pflege des Waldes als Biozönose und Ökosystem. So blieb der Wald funktionsfähig, obwohl ihn die Zivilisation über Generationen hinweg gefährdet und die Gesellschaft ihre Nutzungsinteressen häufig wechselt. Gute Gründe sprechen daher für die weitere Orientierung an den mittlerweile klassischen Organisationsgrundsätzen unserer Forstwirtschaft. Nachhaltige Forstwirtschaft bei notwendiger waldderechter Anpassung! Aufgrund solcher Überlegungen gab ich meinem Lehrbuch den Titel „Forstpolitik – Schule der Nachhaltigkeit“. Leider hat der Verlag das nicht umgesetzt. Forstpolitisches Grundziel ist und bleibt (jedenfalls in unserem dichtbesiedelten, urbanisierten, industriell und kommerziell hochkomplexen Gemeinwesen)

nachhaltige Waldpflege zur Sicherstellung vitaler, vielfältig funktionsfähiger Waldbestände. Dies kann unter Fachleuten nicht in Frage stehen. Meine Formulierung lautet daher: Forstpolitik bedeutet, im gesellschaftlichen Zusammenspiel Interessen am Wald geltend machen sowie solche Interessen institutionell sichern. Walderhaltung, Schutz, Pflege, Gestaltung des Waldes zu vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten folgen als forstpolitische Ziele aus Interessen von Menschen.

*(Köpf, E. U.: Forstpolitik. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart/Hohenheim 2002, S.17)*

Der Wald ist Lebensgrundlage schlechthin. Selbstverständlich nicht einzige, doch eine von besonderer Bedeutung als Landschaftselement und als Produktionsfläche. Seit der Freiburger Oberberghauptmann Hannß Carl von Carlowitz 1713 seine „Sylvicultura oeconomica“ veröffentlichte, weist die deutsche Forstgeschichte die Möglichkeit, Notwendigkeit und Richtigkeit vorsorgender Waldbetreuung für das Wohl des Gemeinwesens nach. Bedenkt man die enorme Zunahme der Bevölkerungsdichte von damals in Sachsen 30 Einwohner pro Quadratkilometer auf heute ca. 230, so wird diese Leistung deutlich. Das heutige Maximum mag noch naturverträglich sein. Sollten sich die Verhältnisse künftig entspannen, ist das ökologisch erwünscht. Es kann aber auch sein, dass der Druck noch wächst und die Probleme zunehmen. Die gegenwärtigen Reaktionen der Politik auf „die demografische Entwicklung“ sind nicht angemessen. Die „Forstreformen“ jedenfalls finden in ihr keine Rechtfertigung. Besonnene Anpassung ist möglich. Die meisten Schulen, Eisenbahnen, Großstädte Sachsens und der Bundesrepublik Deutschland entstanden bei geringeren Bevölkerungsdichten. Mehr Forstpersonal sollte im Wald arbeiten und seine örtliche Erfahrung dem Kleinprivatwald zur Verfügung stellen. Personalkürzungen, die Vergrößerung der Handlungseinheiten, die Schaffung einer neuen Forstbürokratie in Regie der Landräte kommen teuer zu stehen. Die enorm gesteigerten Leistungspotenziale werden dem Wald

und den Waldbesitzern entzogen. Ob die kontinuierliche Versorgung der Märkte mit dem Rohstoff Holz aufrechterhalten bleibt, muss sich noch zeigen. Mit dem graduellen Bevölkerungsrückgang lassen sich diese „Reformen“ nicht rechtfertigen. Sie bringen auch keine Einsparungen. Es gilt zu vermeiden, dass die ländlichen Räume veröden. Sie sind zu stärken, um Ansprüchen gewachsen zu sein, die von den Ballungsräumen ausgehen. Klar gibt es unterschiedliche Interessen am sächsischen Wald. Forstpolitische Ziele können nicht von allen gleich und in allen Punkten vertreten werden. Die Industrie braucht kontinuierlichen und kostengünstigen Zugang zur Ressource Holz. Waldbesitzer streben einen Holzpreis an, der die Bereitstellungskosten deckt und auch eine ausreichende Rendite der langfristigen Investitionen gewährt, die mit der Waldpflege verbunden sind. Bei Naturschutzverbänden mag als Zielstellung gelten, Pflanzen und Tiere zu schützen, drohender Klimaänderung zu begegnen oder allgemein der Heimatpflege zu dienen. Erholungssuchende möchten schöne und sichere Wälder. Bei der Waldbehandlung selbst besteht ein Spielraum, den viele Förster im Sinne der Ziele der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) nutzen wollen. Die sächsische Staatsregierung muss Schaden vom sächsischen Wald abwenden. Das wird ihr nur in Zusammenarbeit mit Waldbesitzern und Förstern, Holzindustrie und Arbeitswilligen im ländlichen Raum gelingen. Wiederholt sei daher die Notwendigkeit, Sachsens Wälder mit einer ausreichenden Anzahl Försterstellen auszustatten, damit der Wald, bei Bedarf auch der Privatwald, fachlich betreut bleibt – nicht administriert! Wo im gesellschaftlichen Zusammenspiel immer neue, vielfältige Interessen an Leistungen der Wälder geltend gemacht und wirksam werden, benötigen Waldbesitzer verlässliche Rahmenbedingungen und genügenden Handlungsspielraum, um ihre nachhaltige Waldwirtschaft kostendeckend finanzieren zu können. Das ist unabweisbar öffentliches Interesse.

*Prof. Dr. Ernst Ulrich Köpf, Tharandt*

